

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 9

Artikel: Die Europäer wollen die Vereinigten Staaten von Europa
Autor: Bartoli, Domenico
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079264>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Europäer wollen die Vereinigten Staaten von Europa

Ein klares Ja ist das Ergebnis einer Untersuchung, die in solchem Umfang bisher noch nie unternommen wurde. Sechs bedeutende Informationsorgane — «Epoca» für Italien, «Paris-Match» für Frankreich und Luxemburg, das «Zweite Deutsche Fernsehen» für die Bundesrepublik Deutschland, «Het Laatste Nieuws» für Belgien, «Telegraaf» für die Niederlande und «Daily Express» für Grossbritannien — führten gemeinsam eine Umfrage durch, die die Zukunft unseres Kontinents betrifft: Wollen die Europäer die Vereinigten Staaten von Europa oder nicht? Die Mehrheit der Bürger der EWG-Staaten sagt ja zu einem europäischen Zusammenschluss, während die Engländer ihr Nein zum Eintritt in die Gemeinschaft bestätigt haben. Tausende von Personen aller sozialen Schichten wurden um ihre Meinung befragt, und zwar durch die bekanntesten Institute für statistische Erhebungen: das Allensbach-Institut für Demoskopie (Bundesrepublik), Doxa (Italien), Ifop (Frankreich und Luxemburg), Veldkamp-Marktonderzoek (Niederlande), Inra (Belgien) und Harris Research (Grossbritannien). Die Umfrage kommt einer grossen Abstimmung gleich. Sie soll das europäische Bewusstsein ausdrücken und dazu beitragen, die regierenden Persönlichkeiten, denen an der Entwicklung und Umformung unseres alten Kontinents zu einem einheitlichen Staat gelegen ist, zu orientieren. Die Schweiz ist — selbstverständlich — nicht berücksichtigt. Sie steht ja ausserhalb, wenngleich alles, was die europäische Einigung betrifft, sie ganz direkt angeht. Es wäre deshalb interessant, die «europäische» Gesinnung auch der Schweizer kennen zu lernen.

Nach dem Kriege breitete sich in den halbzerstörten Städten Europas eine Krankheit aus, die man das Trümmerfieber nannte. Auch uns Junge erfasste sie. Nur war es in unserem Fall nicht ein körperliches Fieber, sondern der heftige Wille, rasch und in Freiheit nicht so sehr die Städte und Häuser, als vielmehr die sozialen Einrichtungen und Lebensbedingungen neu aufzubauen. Damals tauchte unter uns die Vorstellung von einem einigen, einem vereinten Europa auf. Aus den Ruinen also stieg dieses Ideal auf, erhielt seinen Impuls aus dem Verhängnis, in das unsere Generation und die älteren Generationen — schuldiger als wir, aber nicht weniger schwer getroffen — gestürzt waren. Die Katastrophe, zu der der erbitterte Patriotismus, der hurrabrüllende, säbelrasselnde Nationalismus der Dreissigerjahre geführt hatten, schenkte uns diese neue Hoffnung auf ein geeintes Europa.

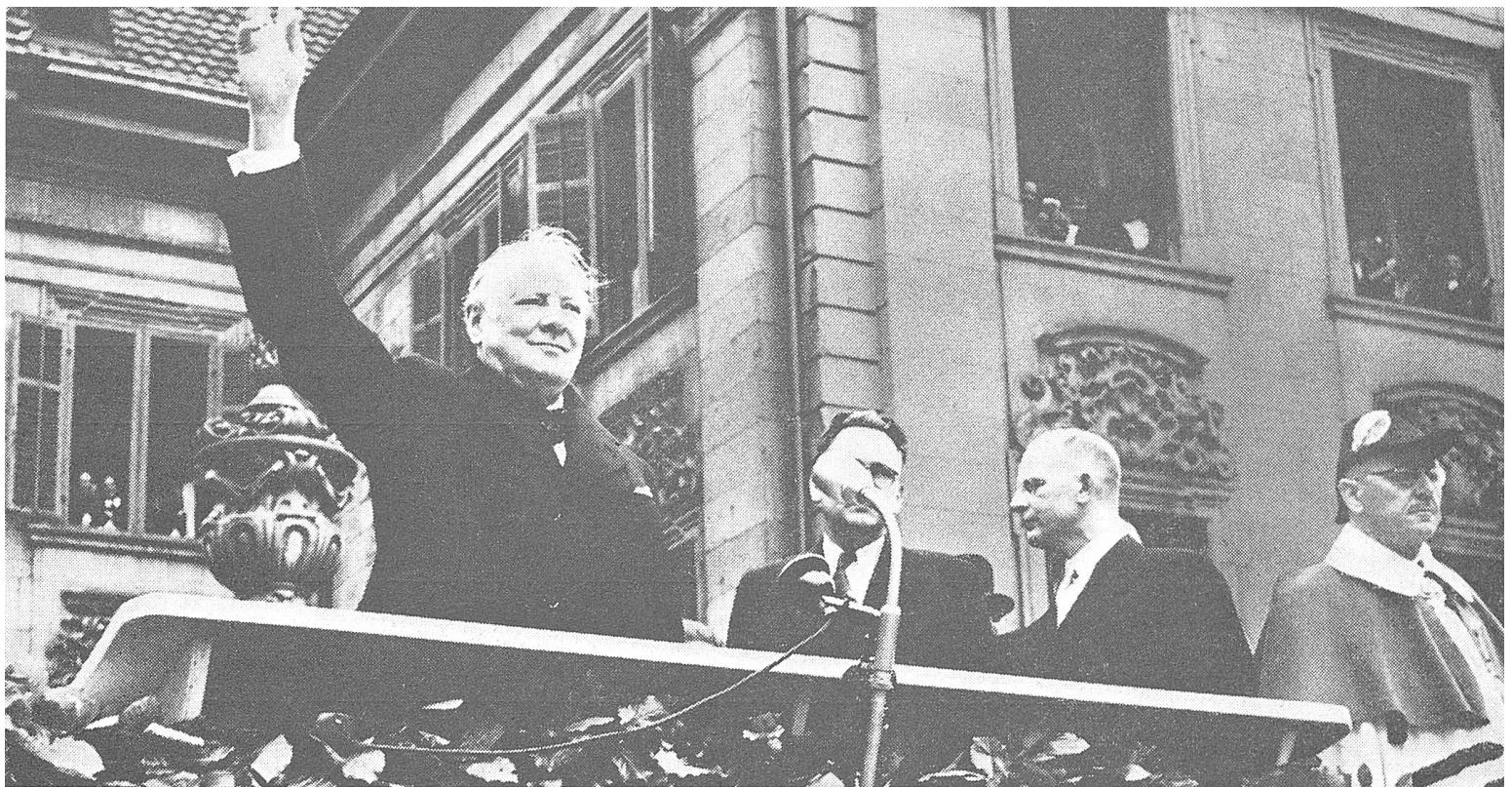
Es gab allerdings noch andere Ideale. Der Mythos von der sozialen Gleichberechtigung und der Aufhebung der Klassen, dem Osten von der Sowjetmacht aufgezwungen, fand auch in unseren Ländern viele Anhänger. Alle anderen politischen Richtungen aber, vom demokratischen

Sozialismus bis zum Liberalismus, alle Regierungsformen, die vorgeschlagen wurden, schwangen sich über die ohnehin fraglich gewordenen nationalen Grenzen hinaus, die einen mehr, die andern weniger. Auch wenn sich in den Reden der Politiker und in den Artikeln der Journalisten eine kleinere oder grössere Dosis Rhetorik fand, war doch der europäische Gedanke eine Tatsache, gegen die sich nur wenige der demokratischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und Holland aufzulehnen wagten. Die Generation nach uns, die der Krieg nur mittelbar berührt hatte, nahm diese Hoffnung sogleich auf. Die Jüngsten waren am ungeduldigsten, am heftigsten begeistert und machten uns allen Vorwürfe wegen der Verzögerungen, Schwierigkeiten und Unsicherheiten. Die Protestierenden von damals waren «Europäisten». Viele der jungen Leute, die sich heute in den Sackgassen des Anarchismus und der fruchtlosen Auflehnung verlaufen, wären, wenn sie ihre Pubertät fünfzehn oder zwanzig Jahre früher durchlebt hätten, glühende Europakämpfer gewesen.

Und heute? Dürfen wir uns über die Daten freuen, die nach dieser grossen Umfrage veröffentlicht werden

können? Nur bis zu einem gewissen Grade. Die Daten bedeuten, dass in allen sechs Ländern der EWG eine starke Mehrheit die politische Verschmelzung, die Vereinigten Staaten unseres Kontinente wünscht. Das Ideal der politischen Einheit ist lebendiger als je, dagegen vermag auch die zähe kommunistische Opposition nichts auszurichten. Freilich sind sich viele nicht ganz klar darüber, was ihr Ja zu Europa im einzelnen bedeutet, und morgen würden sie angesichts der kleinsten Opfer und Verzichte, die der Zusammenschluss mit sich brächte, mit Protest und Enttäuschung reagieren. Doch ist das weder erstaunlich, noch entmutigend. Was uns indessen erstaunt und mit der Zeit ratlos macht, ist die Haltung der politischen Kreise, die den Begriff Europa noch immer in ihren Programmen und politischen Erklärungen mitführen, ohne aus ihren Worten und Vorsätzen die notwendigen praktischen Folgerungen zu ziehen. Der Europäismus der grossen Parteien und ihrer Führer ist in den meisten Fällen so etwas wie die Huldigungen, die man der Tugend erweist: sie verpflichten nicht zu einem bestimmten praktischen Verhalten und führen zu nichts. Der europäische Gedanke droht in eine gefährliche Form politischer Heuchelei auszuharten. Wenn er keine neuen Fortschritte macht, dann ist das nicht die Schuld der Völker, sondern der aktiven Minderheiten, der Parteiführer und -kämpfer, der Minister und Parlamentarier, der politischen Journalisten und aller einflussreichen Persönlichkeiten. Für sie alle war de Gaulle mit seinen antiquierten Ansichten, mit seinem stolzen, hartnäckigen Nationalismus wohl ein Hindernis. Aber der alte General diente auch als Alibi: Heute, da er nicht mehr an der Macht ist, müssten die Schwierigkeiten verschwinden — und sie sind immer noch da.

Gewiss, wir haben den Gemeinsamen Markt, die grosse, überaus nützliche Initiative, für die wir allen, die sie wollten, die sich für sie wehrten und sie sozusagen erzwangen,



Im September 1946 sprach Churchill vor der Zürcher Jugend. Es war ein eindringlicher Appel zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

Dank schulden, ganz besonders dem Franzosen Jean Monnet und dem Deutschen Walter Hallstein, denen es gelang, den europäischen Gedanken aus der Abstraktion der guten Vorsätze und aus der Enttäuschung der ersten Versuche herauszureißen. Aber der Gemeinsame Markt ist nicht viel mehr als ein riesiger wirtschaftlicher Vervielfältiger, ein Mechanismus, der den Warenaustausch belebt und Konkurrenz und Wohlstand verbreitet, indem er die Zollschränke aufhebt und den Handel zwischen den sechs Mitgliedstaaten fördert. Wir stehen immer noch diesseits der Schwelle zur wirklichen Einheit, und überschreiten können wir sie erst, wenn die nationalen Parlamente und Regierungen, nicht nur zwei Drittel der Europäer, den hier veröffentlichten Fragebogen positiv beantworten. Es geht nicht darum, die Dinge, die bereits getan worden sind, in grösserer Zahl zu tun, sondern darum, etwas anderes zu wagen, den Sprung von der staatlichen Unabhängigkeit, an der bisher kaum gerüttelt worden ist, zur Abhängigkeit des alten Nationalstaates gegenüber einem umfassenderen Staatswesen zu tun.

«Die europäischen Mitglieder der NATO haben heute rund zwei Millionen Mann unter den Waffen und Militärbilanzen in der Höhe von rund zwei Milliarden Dollar. Diese Länder könnten ihre Mittel besser, das heisst koordiniert einsetzen. Europa kann

nur mit einer gemeinsamen Produktion, mit einem standardisierten Verpflegungswesen, mit besser aufgestellten und beweglicheren Truppen, mit einer grösseren Beteiligung an den strategischen Plänen und einer gemeinsamen Abschätzung der Verteidigungsbedürfnisse darauf hoffen, einen wirksameren Beitrag an die Allianz zu leisten und gleichzeitig die eigene Gemeinschaft zu fördern.» Das sind die Worte eines deutschen Fachmannes, Walter Schultze, aus einer interessanten, vom Atlantischen Institut in Paris im November 1969 herausgegebenen Broschüre. Es lässt sich daraus leicht ersehen, dass Europa vorderhand nicht einmal das tut, was es ohne Beeinträchtigung der staatlichen Souveränitäten zur Verbesserung und Stärkung der eigenen Verteidigung tun könnte, die ja überhaupt nur vereint möglich ist. Man hat den Eindruck, dass auf militärischer Ebene die Widersprüche und Hindernisse noch stärker sind als anderswo. Was würde geschehen, wenn die Amerikaner sich zurückzögen? Falls sich nicht bald anstelle der demagogischen Unverträglichkeit das volle Bewusstsein unserer militärischen Abhängigkeit von den USA verbreitet, wird Europa kaum zu jener einheitlichen Verteidigung des eigenen Gebietes gelangen, die von jeher das hervorstechendste Merkmal einer wirklichen souveränen Macht war. Vereint können wir etwas sein.

Einzelnen sind wir überhaupt nichts.

Hören wir nun, was ein anderer Fachmann sagt: «Um den Einfluss der amerikanischen Währungspolitik auf die übrige Welt einzudämmen, ist es notwendig, genügend grosse Währungsgebiete zu schaffen, damit in ihnen eine autonome Konjunkturpolitik verwirklicht werden kann. Der Prozess der wirtschaftlichen Vereinheitlichung kann nur dann über das bisher Erreichte hinaus gedeihen, wenn man auf dem Weg der politischen Vereinheitlichung weitergeht. Sie ist es, die heute als treibende Kraft im Integrationsprozess wirken muss...» Das schrieb Guido Carli, der Vorsitzende der Banca d'Italia, in der Zeitschrift «Euromoney» (März 1960). Er führt im wesentlichen aus, dass man ohne politische Einheit kaum weiter kommt als bis zum Gemeinsamen Markt, dass man ohne sie weder zu einer europäischen Währung, noch zu allen anderen Dingen gelangen kann, die notwendig sind, um auch im Wirtschaftssektor einen Schritt vorwärts zu kommen.

Die wohlüberlegten Ansichten der Experten stimmen also mit den spontanen Gefühlen der gewöhnlichen Menschen überein, wie sie von dieser Meinungsumfrage bestätigt worden sind. Jetzt ist es an den Politikern, ihre Pflicht zu tun. Oder werden wir warten müssen, bis Europa erneut in Trümmer geht?

Domenico Bartoli